

Gliederung

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
Einleitung.....	1
A. Vorbemerkung.....	1
B. Gang der Darstellung.....	4
Kapitel 1: Grundlagen.....	5
A. Grundlagen der Zuständigkeitsvorschriften nach der EuGVVO.....	5
I. Entstehungsgeschichte der EuGVVO.....	5
II. Systematischer Aufbau der EuGVVO.....	6
III. Rechtspolitischer Hintergrund und Zielsetzung der EuGVVO und ihrer Schutzgerichtsstände.....	7
B. Grundlagen der Auslegung der EuGVVO.....	9
I. Autonome Auslegung.....	9
II. Geltung der klassischen Auslegungsmethoden.....	10
1. Grammatikalische Auslegung.....	11
2. Systematische Auslegung.....	12
a. Rechtsaktübergreifende Auslegung.....	12
b. Übertragung der Erkenntnisse aus den jeweiligen Sonderzuständigkeiten.....	13
3. Historische Auslegung.....	14
4. Teleologische Auslegung.....	14
a. Allgemeines.....	14
b. Leitprinzipien.....	15
aa. Beklagtenschutz.....	15
bb. Vorhersehbarkeit der Zuständigkeiten und Rechtssicherheit.....	17
cc. Schutz der „schwächeren Partei“.....	18
5. Rechtsvergleichende Auslegung.....	20

III. Fortgeltung der Auslegungsregeln und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	21
Kapitel 2: Die Schutzgerichtsstände in der EuGVVO	22
A. Zuständigkeiten für Versicherungssachen	22
I. Räumlicher Anwendungsbereich	22
II. Sachlicher Anwendungsbereich	22
1. Versicherungssache	22
2. Teleologische Reduktion des sachlichen Anwendungsbereichs bei Großrisiken?	23
III. Persönlicher Anwendungsbereich	24
1. Begriff des Versicherers	24
2. Versicherungsnehmer, Versicherter oder Begünstigter	25
3. Begriff des Geschädigten	26
a. Eigener Wohngerichtsstand des Geschädigten	26
b. Keine Differenzierung zwischen natürlichen und juristischen Personen	28
c. Erweiterung auf den mittelbar Geschädigten	30
IV. Teleologisch-funktionale Auslegung	31
1. Sachlicher Anwendungsbereich als Anknüpfungspunkt	31
2. Persönlicher Anwendungsbereich des Wohnsitzgerichtsstands als Anknüpfungspunkt	32
3. Linie des EuGH	32
4. Stellungnahme	34
V. Zwischenergebnis	36
B. Zuständigkeiten für Verbrauchersachen	36
I. Räumlicher Anwendungsbereich	36
II. Sachlicher Anwendungsbereich – Der Verbrauchervertrag	37
1. Begriff des Verbrauchers	37
a. Ausschluss von juristischen Personen	38
b. „Dual use“-Verträge	39

c. Entscheidungserheblicher Zeitpunkt für die Bestimmung der Verbrauchereigenschaft	40
2. Umfasste Vertragstypen	43
a. Teilzahlungskauf und Anschaffungskredite	43
b. Erweiterung des Anwendungsbereichs auf alle Vertragstypen	44
aa. Ausrichten auf den Wohnsitzstaat des Verbrauchers	44
(1) Die Rechtssachen Pammer/Alpenhof.....	45
(2) Die Rechtssache Mühleitner.....	48
bb. Kausalitätserfordernis – die Rechtssache Emrek.....	49
III. Zwischenergebnis	51
C. Zuständigkeiten für Arbeitssachen	52
I. Räumlicher Anwendungsbereich.....	54
II. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	54
1. Begriff des Arbeitnehmers	54
a. Geschäftsführer als Arbeitnehmer?	56
b. Übertragbarkeit der Regelungen auf arbeitnehmerähnliche Personen?.....	57
2. Vom Anwendungsbereich erfasste arbeitsvertragliche Ansprüche.....	57
3. Keine Erfassung von konkurrierenden deliktischen Ansprüchen	58
III. Gerichtsstände	59
1. Aktivprozess des Arbeitnehmers	60
a. Gewöhnlicher Arbeitsort	60
aa. Mehrheit von Arbeitsorten	60
bb. Vorübergehende Entsendung.....	61
b. Ort, von dem aus der Arbeitnehmer gewöhnlich seine Arbeit verrichtet	62
c. Einstellende Niederlassung.....	62
2. Passivprozess des Arbeitnehmers.....	63
IV. Zwischenergebnis	63
Kapitel 3: Die Schutzgerichtsstände bei Wohnsitzwechsel	65
A. Gerichtsstand für Versicherungssachen.....	65

I.	Wohnsitzwechsel vor Klageerhebung	65
II.	Wohnsitzwechsel nach Klageerhebung.....	67
III.	Zwischenergebnis	67
B.	Gerichtsstand für Verbrauchersachen.....	68
I.	Verbraucherseite.....	69
1.	Wohnsitzwechsel zwischen Vertragsschluss und Klageerhebung	69
a.	Meinungsstand in der Literatur.....	69
b.	Der Vorlagebeschluss des BGH in der Rechtssache Commerzbank.....	71
c.	Die Rechtssache mBank	72
d.	Die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Commerzbank.....	74
e.	Stellungnahme	74
f.	Wohnsitzwechsel bei (echten) Inlandsfällen nach Vertragsschluss	79
aa.	Die Ansicht des BGH	79
bb.	Die Ansicht des EuGH	79
cc.	Stellungnahme	80
2.	Wohnsitzwechsel nach Klageerhebung.....	82
II.	Unternehmerseite.....	82
1.	Beendigung der Ausrichtung der Tätigkeit zwischen Vertragsschluss und Klageerhebung.....	83
2.	Beendigung der Ausrichtung der Tätigkeit nach Klageerhebung	83
III.	Zwischenergebnis	83
C.	Gerichtsstand für Arbeitssachen.....	84
I.	Wechsel des Arbeitsorts bzw. des Wohnsitzes vor Klageerhebung.....	84
1.	Aktivprozess des Arbeitnehmers.....	84
2.	Passivprozess des Arbeitnehmers.....	85
II.	Wechsel des Arbeitsorts bzw. des Wohnsitzes nach Klageerhebung.....	86
III.	Zwischenergebnis	86
D.	Ergebnis	86
Kapitel 4: Die Schutzgerichtsstände bei Personenwechsel.....		87

A. Der Wohnsitzgerichtsstand in Versicherungssachen bei mittelbar geschädigten Angehörigen	87
B. Die Anwendbarkeit der Schutzgerichtsstände bei Rechtsnachfolge	90
I. Rechtsnachfolge nach Rechtshängigkeit	90
II. Rechtsnachfolge vor Rechtshängigkeit	91
1. Rechtsnachfolge aufseiten der „stärkeren Partei“	91
a. Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen Aktiv- und Passivklagen.....	91
b. Verbrauchersachen	92
c. Versicherungssachen	92
d. Arbeitssachen.....	92
e. Ergebnis	93
2. Rechtsnachfolge aufseiten der „schwächeren Partei“	94
a. Versicherungssachen	94
aa. Die Rechtsprechung des EuGH	94
(1) Konkreter Ansatz des EuGH in der Rechtssache Vorarlberger Gebietskrankenkasse	94
(2) Obiter dictum des EuGH in der Rechtssache Vorarlberger Gebietskrankenkasse	96
(3) Abkehr vom konkreten Ansatz durch die Rechtssache KABEG?	96
(4) Die Rechtssache Hofsoe.....	97
bb. Meinungsbild in der Literatur und der deutschen Rechtsprechung.....	98
(1) Grundsätzlicher Ausschluss des Rechtsnachfolgers.....	98
(2) Differenzierend nach Gesamt- und Singularsukzession.....	98
(3) Typisierende Betrachtung des Rechtsnachfolgers.....	99
(4) Differenzierend nach der konkreten Schutzwürdigkeit des Rechtsnachfolgers	100
b. Verbrauchersachen	100
aa. Die Rechtsprechung des EuGH.....	100
(1) Die Rechtssache Shearson Lehman.....	101

(2) Die Rechtssache Henkel.....	101
(3) Die Rechtssache Schrems II.....	102
bb. Meinungsbild in der Literatur und der deutschen Rechtsprechung.....	104
(1) Grundsätzlicher Ausschluss des Rechtsnachfolgers.....	104
(2) Differenzierend zwischen Gesamt- und Singularrechtsnachfolge.....	105
(3) Differenzierend nach Schutzwürdigkeit des Rechtsnachfolgers.....	106
c. Arbeitssachen.....	106
aa. Die Rechtsprechung des EuGH.....	106
bb. Meinungsbild in der Literatur.....	106
(1) Differenzierung nach der Schutzwürdigkeit des Zessionars.....	106
(2) Grundsätzliche Einbeziehung des Rechtsnachfolgers.....	107
d. Stellungnahme und eigener Ansatz.....	108
aa. Präzisierung des Begriffs der „schwächeren Partei“.....	108
bb. Möglichkeit einer einheitlichen Vorgehensweise für alle Schutzgerichtsstände.....	108
(1) Durch den Ausschluss aller Rechtsnachfolger.....	109
(2) Durch die Einbeziehung aller Rechtsnachfolger.....	109
(3) Probleme einer einheitlichen Vorgehensweise.....	110
(a) Fehlende Vergleichbarkeit zwischen den Arbeitssachen und den Verbraucher- und Versicherungssachen.....	110
(b) Probleme der Vergleichbarkeit zwischen den Verbraucher- und den Versicherungssachen.....	111
(4) Zwischenergebnis.....	113
cc. Relevante Fallkonstellationen.....	113
dd. Arbeitssachen.....	114
(1) Vorüberlegung.....	114
(2) Keine Übertragung der Rechtsprechung zu den Versicherungs- und Verbrauchersachen.....	114

(3) Parallelität zum Gerichtsstand des Erfüllungsorts beim Aktivprozess des Arbeitnehmers	115
(4) Anknüpfungspunkt des Wohnsitzes beim Passivprozess des Arbeitnehmers	117
(5) Ergebnis.....	117
ee. Verbrauchersachen	118
(1) Differenzierung nach den vom Anwendungsbereich umfassten Vertragstypen	118
(2) Ausschluss des gewerblich handelnden Rechtsnachfolgers	118
(3) Notwendige (partielle) Parteiidentität zwischen Vertrags- und Prozessparteien	119
(a) Wortlaut der Artt. 17 und 18 EuGVVO	119
(aa) Verwendung des unbestimmten und des bestimmten Artikels	120
(bb) Bezugnahme auf den „anderen Vertragspartner“	121
(b) Systematik des Verbrauchergerichtsstands	121
(c) Schutzzweck des Verbrauchergerichtsstands	122
(d) Zwischenergebnis	122
(4) Fehlende partielle Parteiidentität bei der Einzelrechtsnachfolge	123
(5) Wahrung der partiellen Parteiidentität bei der Gesamtrechtsnachfolge.....	123
(a) Dogmatische Herleitung zur Eröffnung des Verbrauchergerichtsstands bei Gesamtrechtsnachfolge.....	123
(aa) Unionsrechtliche Gesamtrechtsnachfolge am Beispiel des Erbrechts	123
(bb) Rechtsvergleichende Auslegung	124
(b) Zwischenergebnis.....	125
(6) Ergebnis.....	125
ff. Versicherungssachen	125
(1) Vorüberlegungen zur Schutzwürdigkeitsprüfung	125
(a) Notwendigkeit der Schutzwürdigkeit des ursprünglichen Rechtsinhabers.....	126

(b) Notwendigkeit der Schutzwürdigkeit des Rechtsnachfolgers	126
(2) Ansatzpunkte für die Schutzwürdigkeitsprüfung	127
(a) Der konkrete Ansatz.....	127
(aa) Prozessuale Schwierigkeiten des konkreten Ansatzes für die nationalen Gerichte	128
(bb) Gefahr der Verfehlung des Schutzzwecks	129
(cc) Bedeutung der Darlegungs- und Beweislast	130
(dd) Die „Schwächerenstellung“ als doppelrelevante Tatsache	130
(ee) Zwischenergebnis.....	132
(b) Der abstrakte Ansatz	132
(aa) Praxistauglichkeit abstrakter Ansätze	132
(bb) Analyse der Fallgruppenbildung des EuGH	133
(cc) Typisierende Fallgruppenbetrachtung.....	135
(dd) Fehlende Schutzwürdigkeit bei gewerblichem Handeln.....	137
(i) Beschränkung auf das Gebiet des Versicherungsrechts.....	138
(ii) Gleichlauf zu den Verbrauchersachen.....	138
(iii) Praxistauglichkeit für die nationalen Gerichte.....	138
(iv) Darlegungs- und Beweislast sowie sekundäre Darlegungslast.....	139
(3) Ergebnis.....	139
C. Bestimmung des Gerichtsstands des Rechtsnachfolgers	141
I. Gerichtsstand bei den Arbeitssachen.....	141
1. Aktivprozess des Arbeitnehmers	141
2. Passivprozess des Arbeitnehmers.....	142
II. Gerichtsstand bei den Versicherungs- und Verbrauchersachen	143
1. Maßgeblichkeit des Rechtsvorgängers	143
2. Maßgeblichkeit des Rechtsnachfolgers	143
3. Stellungnahme	144
III. Gefahr der Umgehung der Voraussetzungen des Verbrauchergerichtsstands	145

1.	Situative Voraussetzung des Ausrichtens.....	145
2.	Vorliegen von besonderen Vertragstypen	147
IV.	Ergebnis.....	147
D.	Prozessstandschaft.....	147
I.	Folge der Prozessstandschaft bei der Bestimmung des Klägergerichtsstands	148
1.	Kein Untergang der Schutzgerichtsstände durch die Prozessstandschaft	148
2.	Vergleichbarkeit mit den Fällen der Rechtsnachfolge	149
3.	Betrachtung der einzelnen Schutzgerichtsstände	149
a.	Prozessstandschaft nach Klageerhebung	150
b.	Prozessstandschaft vor Klageerhebung	150
aa.	Prozessstandschaft aufseiten der „stärkeren Partei“	150
bb.	Prozessstandschaft aufseiten der „schwächeren Partei“	151
(1)	Arbeitssachen	151
(2)	Verbrauchersachen	151
(3)	Versicherungssachen	151
II.	Bestimmung des Gerichtsstands des Prozessstandschafters.....	153
1.	Gewöhnlicher Arbeitsort des Rechtsinhabers	153
2.	Kein Wohnsitzgerichtsstand für den Prozessstandschaftler in Verbrauchersachen	154
3.	Wohnsitz des Versicherungsnehmers.....	154
E.	Problematik der missbräuchlichen Berufung auf die Schutzgerichtsstände.....	155
I.	Missbrauchskontrolle im Europäischen Zivilprozessrecht.....	155
II.	Zuständigkeitserschleichung	156
1.	Vorbemerkung.....	156
2.	Fälle der Zuständigkeitserschleichung	157
a.	Zurückabtretung.....	157
aa.	Unzulässiges „Strohmanngeschäft“.....	157
bb.	„Wiederaufleben“ des Wohnsitzgerichtsstandes.....	157
cc.	Stellungnahme	158

b.	Klage am Wohnsitzgerichtsstand im Wege der gewillkürten Prozessstandschaft	160
aa.	Unzulässige Umgehung des allgemeinen Beklagtengerichtsstands	160
bb.	Eröffnung des Wohnsitzgerichtsstands für den Prozessstandschafter	161
cc.	Stellungnahme	161
III.	Ergebnis	161
Kapitel 5:	Gerichtliche Aufklärungspflicht über die Rügeobliegenheit bei Unzuständigkeit des Gerichts	163
A.	Grundsätze der gerichtlichen Aufklärungspflicht	163
I.	Grundlage – Die Rechtssache Bilas	163
II.	Regelung der EuGVVO	164
1.	Voraussetzungen	164
2.	Gerichtliche Aufklärung	165
3.	Kein Verstoß gegen die gerichtliche Neutralitätspflicht	166
4.	Zeitpunkt, Art und Umfang der Aufklärung	166
5.	Auswirkungen einer anwaltlichen Vertretung des Beklagten	167
III.	Praxisproblem für die nationalen Gerichte bei der Aufklärungspflicht	168
B.	Auswirkungen einer Rechtsnachfolge auf die gerichtliche Aufklärungspflicht	169
Zusammenfassung	der wesentlichen Ergebnisse	170
Literaturverzeichnis	174